



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Politiker der Zukunft.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

durch möglich machte, daß die monarchische Ordnung durch stärkere Hände wieder aufgerichtet werden konnte, wieviel Dank oder Undank ihr dafür gebühren möge, — daß sie in kommenden Zeiten nicht wieder aufzufinden sein wird, bleibt eine ernsthafte Betrachtung.“

Für einen Diplomaten scheint uns das deutlich genug gesprochen. Noch deutlicher wird aber der Sinn durch folgende Stelle:

„Der neueste Hergang in Paris (2. December 1850) schließt eine Reihe von historischen Thatfachen, die seit drei Jahren den Beweis für den Satz liefern, daß im heutigen Europa, England ausgenommen, nur zwei materielle Kräfte wirklich wirksam sind: die Armee und die Demokratie. Nur diese beiden vermögen sichtbare Umwälzungen hervorzubringen; sobald diejenigen, die sich ihrer bedienen wollen, die moralischen Elemente einfach negiren, sind diese auch factisch annullirt. „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“, hieß der Spruch. Das tief Schmerzliche ist, daß manche Mittelparteien, ja daß ein großer Theil der constitutionellen Presse, welcher deutlich gezeigt worden, welche Ohnmacht allen Rechts- und Vertragsverhältnissen innewohnt, bald genug versucht sein kann zu sagen: Gegen Soldaten helfen nur Demokraten!“ —

Das ist eine schlimme Aussicht, namentlich in dem Munde eines so bedächtigen, und durch seine eigenthümliche Lage so zur Vorsicht getriebenen Staatsmanns! —

Die nächsten Bände werden die Fragmente „zur Religion und Philosophie“, und zur „Literatur und Kunst“ enthalten.

Politiker der Zukunft.

4.

Lettres Franques. A Napoleon III., empereur des Français. Par Fr. Billot, avocat. Bruxelles & Leipzig, Kiessling & Comp. —

Die orientalische Frage und das deutsch-englische Bündniß. Keine Denkschrift, aber eine Schrift zum Denken. Geschrieben von Anfang Februar bis Anfang März 1853. Berlin, F. Duncker. —

Westeuropäische Gränzen. Von einem Beamten der Civilisation. Trier, Ling. —

Vor noch nicht langer Zeit gehörte es bei allen Mitgliedern der weiter vorgeschrittenen Partei, bei allen Politikern der Zukunft, zum guten Ton, von den gegliederten historischen Individualitäten, von Nationen und Staaten, möglichst geringschätzig zu reden. Vielleicht ist es gerade der Bonapartismus, dem wir in dieser Beziehung eine wesentliche Umstimmung in den Gemüthern verdanken, wo die Abstraction noch nicht alles Leben des Verstandes und des Herzens ertödtet hat. So wie es vor einem halben Jahrhundert den Eroberungszügen des älteren Napoleon vorbehalten war, die Volksgeister aus ihrem Schlummer zu erwecken, und sie zu neuem, kräftigem, individuellem Leben anzuregen, so scheint auch der kriegerische Eifer, der sich seit der Thronbesteigung des jüngern Napoleon des

französischen Volks bemächtigt hat, dazu bestimmt zu sein, in allen Völkern das Bewußtsein rege zu machen, daß es mit den weltbürgerlichen Ideen allein noch nicht abgethan ist, daß wir noch andere Güter zu vertheidigen und zu erobern haben, als die abstracte politische Freiheit.

Zwar sind ultrabonapartistische Flugchriften, wie die zuerst von uns angeführte, noch immer eine vereinzelte Erscheinung, aber man darf nicht vergessen, daß sich vorläufig die Velleitäten der Regierung auch noch im Dunkeln halten, und daß, wenn Napoleon einmal offen mit seinem kriegerischen Anruf hervortreten wird, ihm ein sehr laut und weithin tönendes Echo im französischen Volk antworten dürfte.

Es ist daher ein sehr erfreuliches Zeichen, daß überall in unserer Demokratie die Sympathien für die französischen Staatsformen und für das französische Volk überhaupt zu schwinden anfangen, und daß man sich dagegen den Engländern zu nähern sucht. Schon die im Ganzen sehr verständigen Artikel, welche die Nationalzeitung aus England bringt, werden ihrem Publicum eine concretere Anschauung von politischen Dingen geben, als es die allgemeinen politischen Dogmen im Stande waren, mit denen man es bis dahin zu belehren versuchte. In diesem Sinne hat auch die zweite der angeführten Schriften unser lebhaftes Interesse erregt. Sie stand früher in einzelnen Artikeln der Nationalzeitung, und hat zu einer ziemlich lebhaften Polemik Veranlassung gegeben, ob sie auch den Principien der „eigentlichen“ Demokratie angemessen sei oder nicht. Was die „Principien“ der Demokratie anbetrifft, so sind wir incompetent, darüber eine Vermuthung aufzustellen; was aber den Instinct betrifft, die festgewurzelten, halb unbewußten Voraussetzungen, die mehr auf die Haltung eines Blattes einwirken, als alle Doctrinen, so scheint uns in der That darin eine kleine Veränderung eingetreten zu sein, und zwar eine Veränderung, der wir nur unsern Beifall schenken können. Zwar ist die Conjecturalpolitik, die in jenen Blättern getrieben wird, nicht weit her, und zum Theil durch die Ereignisse bereits widerlegt, aber die leitende Idee, daß Preußen ein Bündniß mit England suchen und mit ihm gemeinschaftlich sowol den Franzosen, als den nordischen Mächten gegenüber eine unabhängige Stellung einnehmen soll, ist beachtenswerth, und vorzüglich beachtenswerth wegen der Quelle, aus der sie herkommt. Eine solche Aufforderung an den preussischen Staat, in der allgemeinen Politik eine selbstständige Haltung einzunehmen, setzt nämlich voraus: eine Anerkennung der preussischen Staatsindividualität und ihrer Lebensfähigkeit; eine wenigstens provisorische Anerkennung der Staatsform, in der dieselbe gegenwärtig vertreten wird, da sich der Rath doch nicht an ein imaginäres Preußen, sondern nur an das wirkliche Preußen wenden kann; endlich die stillschweigende Verpflichtung, mit der Partei, die man vertritt, eine Haltung einzunehmen, die einen solchen Rath nicht geradezu illusorisch und lächerlich macht. — Möge sich die Nationalzeitung einmal ernsthaft die

Frage vorlegen, ob ihre bisherige Haltung dem preussischen Staat gegenüber sie berechtigt, dem preussischen Staate überhaupt einen Rath zu ertheilen.

Wenn die Demokraten sich im Jahre 1849 der Wahlen enthielten, so mußten wir zwar die Unklugheit dieses Schrittes mißbilligen, aber wir konnten ihm in vielen andern Beziehungen die Berechtigung nicht bestreiten. Die einseitige Veränderung des Wahlmodus war unstreitig ein Act der Willkür, und ob man diesen durch seine Theilnahme sanctioniren sollte, war eine schwer zu lösende Gewissensfrage, in der man die Verschiedenheit des Standpunkts wol anerkennen mußte. Aber dieses Festhalten an einem Rechtsboden kann doch nur eine gewisse Zeit dauern, wenn man überhaupt nicht allen Boden unter den Füßen verlieren will. Von dem imaginären, aus dem sogenannten Naturrechte hergeleiteten unveräußerlichen Recht des Volkes, seine Stimme nur in unbeschränkten Urwahlen abzugeben, wollen wir hier gar nicht reden; die Illusion dieses Rechtsbodens werden die Demokraten wol selber aufgegeben haben, wenn sie ihn auch als Ziel, das man durch alle möglichen Anstrengungen erreichen müsse, festhalten mögen. Jene Nichttheilnahme an dem constitutionellen Leben Preußens ist also nur unter der Voraussetzung zu begreifen, es werde ein großes welterschütterndes Ereigniß eintreten, welches es vollkommen gleichgültig machte, ob man sich an dem kleinen Krieg innerhalb der Kammern betheiligt habe, oder nicht. Und daß die Nationalzeitung immer noch den Glauben an eine bevorstehende Revolution festhält, hat sie dadurch gezeigt, daß sie im vergangenen Jahre, wo sich eine Gelegenheit zum Einlenken darbot, ihrer Partei die Theilnahme an den Wahlen aufs Neue abgerathen hat.

Die preussische Regierung raisonnirt nämlich folgendermaßen. Es existirt offenbar eine politische Partei, die in London ihren Sitz hat, und die eine allgemeine europäische Revolution vorbereitet. Daß diese Partei auch in Preußen ihre Verbündeten hat, zeigt unter Andern der Eifer, mit welchem man in Berlin Handgranaten fabricirt; nun glauben wir zwar nicht, daß sich die zahme Demokratie an den Comploten ihrer wilden Verbündeten betheiligen wird; wir glauben nicht, daß das Publicum der Nationalzeitung, welches zum Theil aus der wohlhabenden Bourgeoisie besteht, ein lebhaftes Interesse an Handgranaten und Barrikaden nehmen dürfte; aber davon sind wir überzeugt, daß diese Partei, die nach den Versicherungen der Nationalzeitung sehr groß ist, und bei Weitem die Majorität des preussischen Volks umfaßt, der etwa eintretenden Revolution ihren moralischen Beistand leihen wird; denn sonst müßte sie ja wahnsinnig sein, wenn sie die Mittel, die wir ihr selber in die Hand geben, unsern fortgehenden Bedrückungen wenigstens einigen Widerstand entgegenzusetzen, aus angeblichen Rechtsbedenken verschmähte. Unter diesen Umständen wäre es sehr thöricht von uns, wenn wir mit dem Bewußtsein, eine „sehr mächtige“ Partei im Rücken zu haben, die nur auf die günstige Gelegenheit lauert, uns zu überfallen und umzubringen,

die Bahn einer selbstständigen Politik einschlagen wollten, die uns immer auf sehr bedenkliche Punkte führen müßte. Wir wollen uns vielmehr an diejenigen Mächte anschließen, die durch ihre natürliche Lage zu unerbittlichen Feinden der Revolution gemacht werden, und wir wollen lieber die zweite Rolle spielen und sicher gehen, als die erste Rolle, und dabei beständig das Beil im Nacken fühlen.

So ungefähr raisonnirt das preussische Ministerium, und wir müssen gestehen, es ist einige Logik in diesem Raisonnement. Daß man aber mit solchen Voraussetzungen den ruheliebenden Bürger einschüchtern kann, daran ist doch wol vor allen Dingen die demokratische Presse schuld. In der festen Zuversicht auf ein wunderthuendes Ereigniß, hat sie sich auf einen unnahbaren Siriusstandpunkt gestellt, sie hat über die Kämpfe der bestehenden parlamentarischen Parteien gelächelt, als ob sie ganz unbetheiligt dabei wäre, als ob es sich nicht um ihre eigne Haut mit handelte. Vor allen Dingen hat sie die liberale Partei verspottet, die doch, so weit es möglich war, in dem Kampf für freie Presse, für Aufrechthaltung des Rechtszustandes u. s. w., auch das Interesse der Demokratie mit vertheidigte; und wenn wir sie auch nicht beschuldigen wollen, absichtlich die Thatfachen verfälscht zu haben, so ist der Ton, in dem sie ihre Kammerberichte gehalten hat, doch wenigstens sehr unvorsichtig gewesen, denn $\frac{99}{100}$ der Leser der Nationalzeitung schwören noch heute darauf, Simson, Vincke u. s. w., die doch seit 1830 jede neue reactionaire Maßregel der Regierung mit der größten Leidenschaft, Rücksichtslosigkeit und Bitterkeit bekämpft haben, hätten zu jeder neuen reactionairen Maßregel der Regierung einen tiefen Bückling gemacht, und sich unterthänigst dafür bedankt. Eine solche Verbreitung eines falschen Thatbestandes geht doch aber wol über das Recht der Parteiung hinaus. Aber die Unvorsichtigkeit der Nationalzeitung geht noch weiter. In dem guten Glauben, mit ihrem Spott und Hohn lediglich die in den gegenwärtigen Kammern vereinigten Parteien zu treffen, hat sie das constitutionelle Wesen dem Volke überhaupt lächerlich gemacht, und dadurch eine Blasphemie hervorgerufen, die, wenn sie sich weiter verbreitete, unsere Zustände hoffnungslos machen würde.

Wir haben mit diesen Bemerkungen keineswegs die Absicht, alte Streitigkeiten wieder aufzurühren, die doch gegenwärtig zu nichts führen würden, und die nur den gemeinschaftlichen Gegnern zu Gute kämen; aber wir glauben, daß gerade in einer Zeit, wo in der Demokratie das ernste Bestreben zu erwachen scheint, sich über ihre eigne Stellung zum gegenwärtigen Staatsleben klar zu machen, ihr auch die Anschauungen anderer Parteien von Nutzen sein können. Von einer Fusion zweier Parteien, die abweichende Principien verfolgen, halten wir nicht viel, aber eine loyale Haltung der Parteien gegen einander würde uns im Interesse der Nationalentwicklung sehr wichtig erscheinen. — —

Was das dritte Buch betrifft, das wir in der Ueberschrift angeführt haben,

so scheint es uns im Allgemeinen eine ähnliche Tendenz zu verfolgen, wie das eben besprochene, aber wir müssen offen gestehen, daß uns die Form desselben zu unklar gewesen ist, als daß wir ganz sicher darüber sein könnten.

N u s B r ü s s e l.

In der Nummer vom 6. Mai brachten die Grenzboten einen Aufsatz, in welchem die enge Verbindung der verschiedenen Fractionen der parlamentarischen Opposition Preußens dringend anempfohlen wurde, als einziges Mittel, ihre Bestrebungen in Wirksamkeit zu setzen.

Zweck dieser Zeilen ist, zu untersuchen, ob es nicht im Interesse der constitutionellen Partei wäre, auch nach einer andern Seite hin sich Verbündete zu verschaffen. Eine Kammer wird nur in dem Falle zu Macht und Ansehen kommen, wenn sie der wahre Ausdruck der Majorität des Landes ist, und sich deren Unterstützung bei etwaigem Conflict bewußt ist. Ohne diese Grundlage bleibt einer gesetzgebenden Versammlung nur die Alternative, ein Werkzeug der Regierung zu werden, oder bei einigem Widerstand ebenso zu enden, wie unlängst die Nationalversammlung in Paris. Leider entbehrt die jetzige zweite Kammer in großem Maße die Sympathien des größten Theiles der Nation. Es ist hier nicht am Plage, zu untersuchen, wodurch dieses Mißverhältniß entstanden, sehen wir vielmehr, wie dem Uebel abzuhelpen.

Die Gothaer gestehen selbst ein, daß die Stärke ihrer Partei weniger in der Anzahl ihrer Anhänger, als in dem Zusammenwirken so vieler hervorragender Männer besteht. Nur gebildete Leute werden sich zur constitutionellen Partei hingezogen fühlen, der große Haufen wird ihrer Politik immer fremd bleiben.

Das Bestreben der Partei muß daher energisch darauf gerichtet sein, sich mit einer Partei zu verbinden, in welcher die Verhältnisse umgekehrt sind, d. h. deren Hauptstärke, neben bedeutendern Anführern, in der Menge ihrer Anhänger beruht. Die Bethmann-Hollweg'sche Fraction kann sich dieser Eigenschaft nicht rühmen; die liberalen Katholiken haben zwar in einzelnen Gegenden zahlreiche Anhänger, sie verfolgen aber so einseitige Tendenzen, daß sie in den protestantischen Provinzen destomehr Antipathien erwecken. Blieben also noch die „gemäßigten Demokraten“, oder wie sie sich früher nannten: „die Demokratisch-Constitutionellen.“

Schon mehrmals hat die „Köln. Zeit.“ darauf hingewiesen, wie erwünscht für ihre Partei eine Vereinigung mit der gemäßigten Demokratie wäre, ohne daß dieser Wunsch bisher in Erfüllung gegangen. Jetzt, wo die alten Partei-